

## Kommunaler Ausverkauf in Velbert?

### Linkspartei.PDS: Mit uns nicht!

**In der Debatte um die Verabschiedung des Haushaltes der Stadt Velbert im Rat am 25.4. 06 wurde eins deutlich. In Zukunft muss wegen der Steuer-gesetzgebung des Bundes alles raus.**

Es gebe keine Tabus mehr, ob nun Wobau, Stadtwerke oder Sparkasse. Alles was Geld gibt, könne verkauft werden. Konkret könnte das zuerst bei der Wobau werden, die der Stadt über ihre sog. Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (BVG) gehört. Zwar wird bisher von vielen „nur“ über eine so genannten strategische Partnerschaft nachgedacht, d. h. ein privater Investor erwirbt einen Minderheitsanteil von 25%, doch ist dies relativ unwahrscheinlich, denn welcher Privatmann zahlt und überläßt den Löwenanteil des Ertrages jemand anderem? Es gibt ja bereits Interessenten für die Velberter WoBau, wie die Immobilien-gesellschaft der Ruhrkohle AG, die schon klar gemacht hat, entweder ganz oder gar nicht. Selbst wenn man, wie SPD oder UVB wünschen, einem Investor starke Klauseln zum Mieterschutz aufdrücken könnte, würden die Mieter schlechtere Karten haben als bisher. Dabei berufen sich einige Parteien, allen voran die CDU, auf ein „Gutachten“ der West KG (West LB Gruppe), welches der WoBau eine „schlechte“ Aufstellung bescheinigt und deshalb fordert, zumindest „einen Anteilsverkauf [durchzuführen], um die Gesellschaft langfristig mit dem notwendigen professionellen Know-how und der Kapitalkraft auszustatten.“ Interessanterweise spricht dasselbe Gutachten davon, dass „Beim Ankauf und der Verwertung ehemals gemeinnütziger Wohnungsbestände [...] ein hohes Wertschöpfungspotential durch Modernisierung und Skaleneffekte im Management vermutet“

wird und weiter dass „Das Risiko von Immobilienanlagen [...] im Vergleich mit anderen Kapitalmarktprodukten als relativ niedrig eingeschätzt [wird], während gleichzeitig vergleichbar hohe Renditen erzielt werden können“.

Warum dies nur ein privater Investor kann, worin dessen „professionelles Management“ besteht wird nicht aufgeführt. Doch eins sollte klar sein, wenn ein Privater Investor diese hohe Rendite erwirtschaften will, wird er sie sich von jemandem holen müssen, und das werden die Mieter sein! Und zwar ohne Rücksicht auf stadtplanerische Grundsätze, ohne das Ziel bezahlbaren Wohnraum auch für Arme zu schaffen. Denn über eins muss man sich im klaren sein, und das wird auch von dem Gutachten zugegeben, wenn die WoBau verkauft wird, gibt die Stadt den Einfluß auf wohnungswirtschaftliche Maßnahmen zur Stadtentwicklung auf, was die Verstärkung sozialer Brennpunkte und sozialer Probleme, wie steigender Wohnungslosigkeit in Abhängigkeit von den Kapitalinteressen der Käufer zur Folge haben wird. Und diese Interessen richten sich einzig und allein nach dem maximal möglichen Gewinn, nicht nach gesellschaftlich wünschenswerten Zielen wie der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und der Verhinderung von sozialen Brennpunkten. Die Stadt Velbert würde damit im Bereich des Wohnungsmarktes zum Spielball eines Konzernes und würde womöglich auch noch auf den sozialen Folgekosten dessen Politik sitzen bleiben.

Angesichts dieser zu erwartenden negativen Folgen eines Verkaufs der WoBau und der Tatsache, dass der Verkaufserlös nur zur kurzfristigen Deckung des Haus-

Forts. auf S. 3

## Nachlese Sportzentrum

**Mit Bedauern hat die Linkspartei.PDS-Velbert das Scheitern des Bürgerbegehrens zu Kenntnis genommen.**

Besonders vor dem Hintergrund, dass mit fast 4000 Unterschriften nicht viel fehlte, um das Begehren zum Erfolg zu führen. Offensichtlich fehlte der Bürgerinitiative etwas Zeit, um die restlichen Unterschriften zu sammeln und so den Weg für einen Bürgerentscheid frei zu machen, bei dem die Bürger direkt über dieses unseres Erachtens vollkommen überdimensioniertes und unsolide finanziertes Projekt hätten abstimmen können.

Doch auch wenn das Bürgerbegehren gescheitert ist, hat die Linkspartei.PDS gerade wegen der Kürze der Zeit den höchsten Respekt vor dem Engagement der Aktiven in der Bürgerinitiative „Sportzentrum Nein Danke“ und möchte allen Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des Begehrens ihren Dank aussprechen.

Aber eins steht für die Linkspartei.PDS auch fest: mit dem gescheiterten Bürgerbegehren ist das Thema Sportzentrum noch lange nicht gestorben.

Wir werden in Zukunft zum einen versuchen, Diskussionen zum Thema anzustoßen, um eventuelle Verbesserungen am Projekt zu erreichen, zum anderen wer-

Forts. auf S. 3

### Aus dem Inhalt:

**Seite 2: Die Glosse  
Neues Ratsmitglied**

**Seite 3: Fortsetzungen von Seite 1  
Neue Initiative und  
Rechtsberatung  
Humor ist, wenn . . .**

**Seite 4: Die komplette Haushalts-  
rede von Ratsmitglied  
Harry Gohr**

# Gesundheit, ein profitables Geschäft oder der Mensch als Ware

Eine Glosse von S. Stoff

Unsere Regierung besteht aus Reformisten und unsere Republik wird von einer Reform zur anderen gejagt. Steuerreform, Bildungsreform, Zuwanderungsreform usw. usw. Es nimmt gar kein Ende.

Laut Medien steht uns die wichtigste noch bevor, nämlich die Reform der Gesundheit. Auch hier gilt natürlich die politische Kernaussage „Der Bürger muss mehr Eigenverantwortung übernehmen“. Was meinen PolitikerInnen damit? Der Patient muss mehr für seine medizinische Sicherheit ausgeben. Arbeitgeber, Kassen und Staat sollen entlastet werden. Auf gut Deutsch; Eigenverantwortung kostet Geld. Wer das nicht hat ist schlechter versorgt und lebt kürzer. Professor Karl Lauterbach (SPD-Bundestagsabgeordneter und Querdenker): „Arme Menschen sterben früher.“

Was glauben denn Sie, wer besser medizinisch versorgt ist: ein Hartz IV-Empfänger oder der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank Herr Ackermann mit 12 Millionen Euro Jahresgehalt?

Aber Reform hört mit der Übernahme der Eigenverantwortung nicht etwa auf sondern geht flott mit der Privatisierung großer Bereiche unseres Gesundheitswesens weiter. Krankenhäuser werden komplett oder teilweise privatisiert und müssen Gewinne für die Aktionäre erwirtschaften.

Stellen Sie sich vor: Sie sind männlich, über fünfzig und bekommen das übliche Prostataleiden. Sie gehen ins Krankenhaus von dem ich einer der Aktionäre bin. Na, da freu ich mich doch wenn Sie und viele andere sich dort behandeln lassen müssen, denn der Kurs meiner Aktie steigt.

In den Medien wird deutlich gemacht, dass Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen profitabel arbeiten, Gewinne erwirtschaften müssen.

Da denk ich mir, das darf doch nicht wahr sein. Ich bin da als Linker ganz altmodisch, ja sogar konservativ. Gesundheit muss fest in staatlicher Hand sein und darf nicht privatisiert werden, sonst bekommen wir eine extreme Zweiklassenmedizin.

An dieser Stelle möchte ich nochmals den bereits erwähnten Professor Lauterbach zitieren, der da im Fernsehen sagte, an den Ausgaben müsse gespart werden, wenn man das System vernünftig reformieren wolle. Nein, nicht an den Ausgaben für den Patienten.

Denken wir in dem Zusammenhang doch nur mal an die Pharmaindustrie! Da gibt es Tausende von Medikamenten, die zigfach mit demselben Wirkstoff auf dem Markt sind und kosten. Alle wollen am Kranken verdienen.

Dann die Preise für Medikamente. Dieselben bekommen Sie zum Beispiel in Holland erheblich preiswerter. Gleiches Medikament, selbe Menge. Selbst Reimporte lohnen sich noch finanziell. Und in Venlo stehen die deutschen Kunden Schlange vor der Apotheke. Wussten Sie, dass es in Deutschland – so kürzlich im Fernsehen – mehr Apotheken als Tankstellen gibt?

Gleichzeitig sind mittlerweile mehrere hunderttausend Menschen in diesem sozialen Land nicht mehr krankenversichert, leben also voll auf Risiko.

Lassen wir es nicht so weit (ver)kommen. Gesundheit muss für alle garantiert sein, nicht nur für Besserverdienende und Superreiche. Nein, das ist keine Neiddiskussion sondern hat was mit unserem Grundgesetz zu tun, in dem das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gleichheit vor dem Gesetz garantiert werden. Das heißt, wohl auch Gleichheit vom dem Gesundheitssystem. Schönes und gesundes Leben noch!

## Linkspartei.PDS mit neuem Ratsmitglied

Nachdem Uwe Adam aus persönlichen Gründen sein Mandat für die Linkspartei.PDS im Rat der Stadt Velbert niedergelegt hat, ist am 25.4 der 23jährige Langenberger Michael Alfermann nachgerückt.



Der in Bielefeld geborene ist seit 2000 Mitglied der Linkspartei.PDS und seit 2003 Mitglied des Vorstandes der Basisgruppe Velbert.

Der Maschinenbaustudent hat sich bisher schon oft aktiv in die Kommunalpolitik eingemischt, durch seine Mitgliedschaft im Langenberger Bürgerverein, Engagement für den Erhalt des Langenberger Freibades oder gegen das Sportzentrum.

Dass er auch im Rat seinem Motto, nur wer den Mund aufmachen könne auch gehört werden, folgen werde, daran ließ Alfermann keine Zweifel und erklärte direkt nach seiner Vereidigung, dass er sich von nun an auch im Rat einmischen werde.

Seine besondere Aufmerksamkeit werde hier dem Erhalt kommunalen Eigentums, der sozialen Entwicklung in der Stadt, der weiteren Entwicklung beim Sportzentrum sowie der Ausweisung neuer Baugebiete, bzw dem Erhalt unserer Umwelt gelten.

Bei diesen wie auch anderen Themen möchte er den Kontaktaustausch mit den Bürgern und mit Vereinen und Verbänden wie dem NABU, in dem er auch Mitglied ist, suchen.

Wer sich über den passionierten Radfahrer und Freizeitturner mehr informieren möchte, kann diese auf seiner Internetseite tun, ihm eine E-Mail oder einen Brief schreiben oder ihn direkt anschreiben.

Michael Alfermann  
Voßnacker Straße 9a  
42555 Langenberg  
02052/962630  
michael.alfermann@rub.de  
www.michael-alfermann.de

Forts. von S. 1

## Kommunaler Ausverkauf **Neue Initiative und Rechtsberatung in Velbert**

halts genutzt würde, kann die Linkspartei.PDS-Velbert dem nicht zustimmen. Der Haushalt der Stadt läßt sich nicht durch kurzfristiges Denken und den kurzfristigen Verkauf von Tafelsilber sanieren. Um die Finanzen der Stadt Velbert und die vieler andere Städte zu sanieren ist eine umfassende Reform der Kommunalfinanzen, die u.a. eine Revitalisierung der Gewerbesteuer beinhaltet, von Nöten. Um das zu erreichen wäre es wichtig, dass Kommunalpolitiker aller Parteien sich geschlossen für eine solche Politik stark machen, statt ihre Städte kaputt zu sparen und durch den Verkauf der städtischen Gesellschaften jegliche Einflußmöglichkeiten der Stadt aufzugeben.

Die Linkspartei.PDS-Velbert sagt nein zur weiteren Privatisierung von Kommunalem Eigentum, auch der WoBau! **alf**  
Forts. von S. 1

## Nachlese Sportzentrum

den wir die tatsächlichen Kosten des Sportzentrums beobachten und gnadenlos den Finger in die Wunde legen, wenn es darum geht, wegen steigender Kosten des Sportzentrums bei Jugend, Kultur, Sport oder anderen sog. freiwilligen Leistungen zu kürzen oder gar Teile der WoBau zu verkaufen. **alf**

**Eine neu gegründete Arbeitsloseninitiative trifft sich mittwochs alle vierzehn Tage (nächster Termin 24.05.06) um 15:00 Uhr in den Räumen der Linkspartei, Offerstr.14a.**

Sie besteht aus Betroffenen und Nicht-Betroffenen, denen es reicht! Die sich wehren wollen, persönlich und politisch. Immer mehr Menschen leben unter der Armutsgrenze, werden teils in unsinnige 1-Euro-Jobs gezwungen. Anträge werden schleppend behandelt, die Medien berichten fast nur hetzerisch und oberflächlich.

Die Initiative bietet konkrete Hilfe, gegenseitige Unterstützung, aber versucht auch, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, dem Vorurteil „die sind ja alle bloß faul“ die Wahrheit entgegen zu setzen.

Ab dem 11.5. findet jeden Donnerstag 15-16 Uhr ebenfalls in den Räumen der Linkspartei eine Rechtsberatung durch eine Anwältin statt. Die Beratung ist kostenlos, soll möglichst durch Beratungsschein kostendeckend sein. Einen solchen bekommt jeder Hartz IV-Empfänger beim Amtsgericht. Er kann aber auch später beantragt werden.

Stellt Euch vor, alle betroffenen Menschen gingen gemeinsam auf die Strassen, vor die Ämter und würden klar machen, dass sie diese Spielregeln nicht mehr akzeptieren. Sie bombardieren die Ämter mit Anträgen und Widersprüchen bis diese die weißen Flaggen heraushängen. Sie gingen landesweit auf die Strassen und würden das öffentliche Leben lahm legen...

Sie würden schnell feststellen, dass sie durchaus ein Wörtchen mitzureden haben! Und das es sich lohnt, zu kämpfen!

Öffnungszeiten Büro der Linkspartei.PDS:

Montags 11:00 -13:00 Uhr,

Donnerstags 15:00 -17:00 Uhr

Tel: 02051-932810

Nächster Termin OV-Treffen 26.05.06, 19:00 Uhr im Büro!

## Humor ist, wenn man/frau trotzdem lacht...

### Reste-Cent-Aktion

Wie Herr Steinbrück kürzlich mitteilte, sollen alle, vom „Rentner bis zum Arbeitslosen und Kassenpatienten“ wissen, dass der Staat kein Geld mehr übrig hat. – Nur von den Vertretern der Deutschen Wirtschaft, der Banken und der Unternehmerverbände hat er wieder mal nichts gesagt. – Aber die geben sich bekanntlich ohnehin nicht nur mit Cents ab.

### Rechtsschreibreform

Die deutsche Rechtsschreibkommission macht aus gegebenem Anlaß auf folgende Änderung der Schreibweise aufmerksam: Da auch in diesem Jahr wieder 2,2 Prozent weniger Auszubildende eingestellt werden, wird der „Ausbildungspakt“ endgültig zum „Ausbildungsverhinderungspack“.

### Diätensteigerung

Nach einem Vorschlag des Parlamentspräsidenten sollen die Bundestagsabgeordnetendiäten künftig genauso wie die allgemeinen Löhne steigen.

Allerdings wurde bei diesem Vorschlag wohl nicht bedacht, daß es in Deutschland als einzigem europäischem Land seit mehreren Jahren nur noch Reallohnsenkungen gibt.

### Thekensport

Wahr ist, daß der Innenminister von Brandenburg, Schönbohm, die Gewalttat gegen einen Ausländer in Potsdam keinesfalls als fremdenfeindlich bezeichnet, sondern wohl eher als normal.

Unwahr ist, daß künftige Gewalttaten gegenüber ausländischen Mitbürgern bereits als legaler und staatlich geförderter Thekensport genehmigt werden.

### Rentenmitteilung

Die Bundesregierung teilt mit, daß alle Renten nach Abschluß eines neuen Generationenvertrages sicher sind.

Bei der neuen Generation zur Rentensicherung handelt es sich um den Hedgefonds, den Private Equity Fonds und den Investmentfonds.

Und so funktioniert das neue Rentensystem: In diese Fonds haben alle künftigen Rentner ab sofort einzuzahlen. Danach werden diese Fonds alle Firmen, bei denen die Einzahler beschäftigt sind aufkaufen und deren Arbeitsplätze abbauen. Dies wiederum ermöglicht dann den künftigen Rentnern bei Erreichung des Rentenalters unter Umständen eine kleine Sozialrente oder eine warme Suppe.

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus: Deutscher Einheit(z)-Textdienst, Nr. 5-06  
Infos erbitten unter: einheitstext@t-online.de

# Linkspartei.PDS im Rat

## Haushaltsrede von Ratsmitglied Harry Gohr

Bei der Einbringung des Haushaltes im Dezember wurden viele gute Prognosen verkündet, zum Beispiel einen Rückgang des Defizits zum Vorjahr. Das Defizit war mit 12,8 Mio. vorhergesagt, aber die Wirklichkeit sieht heute anders aus.

Ursache liegt nicht daran, dass in unserer Stadt der Sparwille fehlt, sondern in der Verringerung der Schlüsselzuweisungen auf der Einnahmenseite und die Aufwendungen auf der Ausgabenseite.

Die versprochenen Verbesserungen der Kommunal Finanzen, durch Sparen an den Armen mit Hartz IV sind nicht eingetreten.

Eine baldige Grundlegende Verbesserung der Kommunalen Finanzen durch eine entsprechende Gemeindefinanzreform, die diesen Namen wirklich verdient, ist offensichtlich auch von der jetzigen Regierung nicht gewollt und wird wohl Wunschtraum bleiben wie in den zurückliegenden Jahren.

Die grundsätzlichen Probleme haben die Kommunen nicht selbst zu verantworten. Hier sind die Bundes- und Landesregierung in die Pflicht zu nehmen. Die Kommunen haben gemeinsam auf sie einzuwirken, um einen Politikwechsel herbeizuführen.

Solange die Bundespolitik durch die Ideologie des Neoliberalismus bestimmt wird, fehlt weiterhin das Geld, um für die Menschen ein sicheres und menschenwürdiges Leben zu gestalten. Hier ist ein grundsätzliches politisches Umdenken in der BRD nötig.

Damit die Kommunen ihren wachsenden Aufgaben gerecht werden können, sind aus unserer Sicht Neuausrichtungen in der Steuer- und Haushaltspolitik, aber auch in den sozialen Sicherungssystemen erforderlich.

Wir übersehen nicht, dass trotz der eingeschränkten Mittel positive Schritte im Entwurf des Etats für unsere Stadt fortgesetzt werden.

Wir begrüßen das Festhalten an dem Beschluss zur Errichtung einer Kinder- und Jugendakademie im Schloss Hardenberg und halten dies für eine wichtige Zukunftsinvestition für junge Menschen,

bedauern aber, dass sich die Umsetzung durch fehlende Entscheidung des Landes verzögert.

Wir sehen die ernsthaften Bemühungen der Stadt zur Sanierung der Veranstaltungshäuser in allen drei Stadtteilen mit denen Verbesserungen für die kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten erreicht werden sollen. Wie diese genau aussehen, wird hoffentlich noch ausgiebig mit den Bürgern und in den Gremien diskutiert.

Auch sehen wir, dass es gelungen ist das Deutsche Schloss- und Beschlägemuseum in Velbert in der Attraktivität zu stärken.

Wir unterstützen die Verbesserungen der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen und die Bereitstellung der ersten Mittel für die Betreuung der Unterdreijährigen. Die Bereitstellung der Mittel für die Sanierung des Sportplatzes am Berg halten wir für die Aufrechterhaltung des Schul und Breitensport für begrüßenswert.

Wir begrüßen die Bemühungen der Stadtverwaltung um eine größere Bürgerbeteiligung bei der Vorstellung und weiteren Bearbeitung der Strategieprogramme zu erreichen, sind aber gespannt auf die Vorlagen der Ergebnisse und die Vorschläge wie diese Arbeiten weiter geführt werden.

Ich erspare mir weitere kommunale Vorhaben aufzulisten, die wir unterstützt haben und weiter unterstützen werden, weil unsere Mitwirkungsmöglichkeiten in Folge des fehlenden Fraktionsstatus erheblich eingeschränkt sind.

Wir werden die Arbeit der Verwaltung auch weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten und dabei sorgsam auf die Meinung der Bürger achten.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die sachliche Zusammenarbeit bei den Mitarbeitern der Verwaltung bedanken.

Wir werden uns auch weiterhin gegen Projekte wenden, die finanziell und sozial in absehbarer Zeit aus unserer Sicht nicht vertretbar sind. So haben viele Bürger unserer Stadt angesichts der Haushaltslage und der Folgekosten große Bedenken zum Sportzentrum geäußert



und lehnen dieses Projekt ab. Auch wir teilen diese Bedenken und lehnen weiterhin die vorgelegte Konzeption ab.

Die Tatsache, dass der Erlös des Anteilverkaufs der Stadtwerke gerade dazu reichte, das Etatdefizit von zwei Jahren auszugleichen ohne eine dauerhafte Verbesserung der Finanzsituation zu erreichen, bestätigt uns in der damaligen Ablehnung des Verkaufs.

Wir werden uns auch in Zukunft der weiteren Privatisierungsvorhaben kommunalen Eigentums widersetzen.

Aus den genannten Gründen können wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Wir werden den vorliegenden Haushalt ablehnen

---

**Impressum** **Schlüsselbund**  
erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.  
Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:  
S. Stoff, Nordstr. 24,  
42551 Velbert,  
Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.